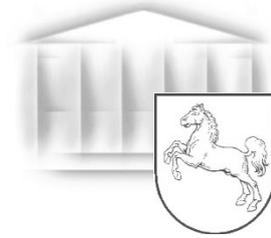


# Niedersächsischer Landtag

Dirk Adomat MdL

Uli Watermann MdL



## Wahlkreisbüros

Rosa-Helfers-Haus  
Heiligeiststraße 2  
31785 Hameln

### Dirk Adomat:

Telefon: 05151 1073388  
Telefax: 05151 1073394

[www.dirk-adomat.de](http://www.dirk-adomat.de)  
[info@dirk-adomat.de](mailto:info@dirk-adomat.de)

### Uli Watermann:

Telefon: 05151 1073397  
Telefax: 05151 1073394

[www.ulrich-watermann.de](http://www.ulrich-watermann.de)  
[info@ulrich-watermann.de](mailto:info@ulrich-watermann.de)

24. März 2019

## Pressemitteilung

### Dirk Adomat und Uli Watermann werfen CDU und FDP unangemessenen Stil im Umgang mit den Missbrauchsfällen in Lügde vor

Der Fall um den vielfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde (NRW) ist nun auch in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover angekommen. Vergangenen Donnerstag stand der Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont, Tjark Bartels (SPD), dem Sozialausschuss des Niedersächsischen Landtages Rede und Antwort. Konkret ging es dabei auch um die Fehler und Versäumnisse des Jugendamtes des Landkreises Hameln-Pyrmont. Kurz zuvor hatte Bartels bereits in einer Pressekonferenz umfangreich über gravierende Fehler berichtet und personelle Konsequenzen gezogen.

Die beiden für den Landkreis Hameln-Pyrmont zuständigen SPD-Landtagsabgeordneten Dirk Adomat und Uli Watermann sind tief betroffenen von dem Missbrauchsfall und den immer neuen Details, die an die Öffentlichkeit gelangen. „Was hier zu Tage tritt muss jeden berühren. Das Leben vieler dutzender Kinder wurde zerstört und schon aus diesem Grund muss die umgehende, lückenlose und schonungslose Aufklärung des Falls oberste Priorität haben“, sind sich Adomat und Watermann einig.

Die nun seitens der CDU- und FDP-Fraktionen im Niedersächsischen Landtag geäußerten Rücktrittsforderungen gegenüber Landrat Bartels bewerten Dirk Adomat und Uli Watermann als schlechten Stil und kritisieren das politische Ausnutzen der Missbrauchsfälle scharf. Denn einige Oppositionsabgeordnete gaben ihre Beurteilung der Lage bereits vor und während der laufenden Unterrichtung an Dritte weiter. Der Fall sei von einer solchen Tragweite, insbesondere natürlich für die betroffenen Kinder, aber auch für die damit befassten Behörden und Personen, dass (partei-) politisches Kalkül völlig fehl am Platze sei. Das betonen die beiden Politiker ausdrücklich, die Äußerungen zu dem Fall aus diesem Grunde bislang vermieden hatten.

„Es ist mehr als geboten, dass die Aufklärung des Falls bei den dafür qualifizierten und zuständigen Stellen von Polizei und Staatsanwaltschaft angesiedelt ist“, betont Innenpolitiker Watermann. „Mit den sicherlich notwendigen Fragen nach Fehlern in der Arbeit des Jugendamtes Hameln-Pyrmont und Fehlverhalten zuständiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreishauses wird sich in diesem Zusammenhang der Kreistag Hameln-Pyrmont auseinandersetzen“, so Watermann weiter. „Es ist auch Aufgabe des Kreistages zu klären, in wie weit der Landkreis sich hätte besser aufstellen müssen. Dies ist aber definitiv nicht die Aufgabe einzelner Mitglieder des Sozialausschusses.“

Dirk Adomat bezeichnet das Agieren von CDU und FDP als völlig unangemessenen. „Das Vorgehen einiger Kolleginnen und Kollegen vor und während der Befragung sowie die Wortwahl zeigen mir, dass es hier weniger um den eigentlichen Sachverhalt, sondern mehr um eine parteipolitische Abrechnung geht“, vermutet Dirk Adomat. Viele Formulierungen seien bereits im Vorfeld so gegenüber der Presse gefallen und zeugten nicht unbedingt davon, dass man die Äußerungen von Bartels im Sozialausschuss vorurteilsfrei abgewartet habe. „Ich hoffe, dass auch die Kolleginnen und Kollegen aus den CDU- und FDP-Landtagsfraktionen zur gebotenen Sachlichkeit zurückfinden und die zuständigen Stellen ihre Arbeit machen lassen“, so Adomat abschließend.

Beide Abgeordnete sind sich einig, dass es ein entschlossenes Aufdecken der vielen Fälle sexualisierter Gewalt, unabhängig davon, ob sie in kirchlichem Kontext, in Einrichtungen der Jugendhilfe oder im privaten Umfeld stattfinden muss. Täter und ihre Netzwerke zur Rechenschaft zu ziehen, das ist das Mindeste, was gegenüber den Opfern stattfinden muss.